



Museumstraße 7  
1070 Wien  
Tel.: +43 1 52152 2293  
E-Mail: [team.z@bmi.gv.at](mailto:team.z@bmi.gv.at)

Sachbearbeiter/in:  
Mag. Georg Jelinek

An  
Österreichische Präsidentschaftskanzlei  
Präsidium des Nationalrats  
Sozialdemokratische Parlamentsfraktion - Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte  
Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei  
Freiheitlichen Parlamentsklub  
Parlamentsklub des BZÖ  
Grünen Klub im Parlament  
Administrative Bibliothek des Bundeskanzleramtes  
Rechtsdienst der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Regierungsgebäude

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz, das Grunderwerbsteuergesetz und das Gebäude- und Wohnungsregistergesetz geändert werden (Grundbuchsgebührennovelle – GGN)

Das Bundesministerium für Justiz übermittelt den **Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz, das Grunderwerbsteuergesetz und das Gebäude- und Wohnungsregistergesetz geändert werden (Grundbuchsgebührennovelle – GGN)** samt Erläuterungen mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme. Die im Begutachtungsverfahren befassten Stellen werden um Stellungnahme bis

**12. Oktober 2012**

ersucht.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Entwurf auch auf der Website des Bundesministeriums für Justiz ([www.justiz.gv.at](http://www.justiz.gv.at)) abgerufen werden kann.

Wien, 13. September 2012

Für die Bundesministerin:

i.V. Dr. Franz Mohr

Elektronisch gefertigt

	Datum/Zeit-UTC	2012-09-13T15:48:41+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch signiert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="http://kundmachungen.justiz.gv.at/justizsignatur">http://kundmachungen.justiz.gv.at/justizsignatur</a> .